

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 23.06.2011

Hermann Winkler: Keine unrealistischen Effizienzziele zu Lasten von Kommunen und Verbrauchern

Mit Blick auf die Vorschläge der EU-Kommission zur Neufassung der Energieeffizienz-Richtlinie warnt der sächsische CDU-Europaabgeordnete Hermann Winkler vor der Festlegung verbindlicher Effizienzziele für öffentliche Gebäude: „Eine Verpflichtung zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude würde erheblichen Investitionsbedarf nach sich ziehen. Allein mit Blick auf die 3.400 Gebäude des Freistaates Sachsen sprechen wir von ca. 700 Millionen Euro, die zusätzlich aufzubringen wären. Und auch auf die Kommunen käme ein erheblicher finanzieller Mehraufwand zu, welcher angesichts der ohnehin angespannten Finanzlage der Landkreise und Gemeinden schlichtweg nicht zu bewältigen ist. Zwingende Auflagen zur Energieeffizienz würden alle Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung ad absurdum führen.“

Die Kommission hat dem Europaparlament einen Richtlinienentwurf vorgelegt, der unter anderem die Verpflichtung zur energetischen Sanierung von jährlich mindestens 3 Prozent der öffentlichen Gebäudefläche vorsieht. Darüber hinaus sollen öffentliche Neubauten künftig höchsten Anforderungen an die Energieeffizienz genügen. Zudem sollen die Energieversorger pro Jahr pauschal 1,5 Prozent des Energiebedarfs einsparen und ihre Kunden mittels monatlicher Rechnungen zum Sparen anhalten.

Winkler kritisiert die Vorschläge der EU-Kommission als realitätsfern und bürokratisch. Anstatt sich mit den drängenden Herausforderungen in Europa zu befassen, würden mittels unrealistischer Zielsetzungen zusätzliche Probleme für Mitgliedsstaaten, Kommunen und Bürger geschaffen. „Es ist geradezu absurd, dass wir einerseits Milliardensummen zur Rettung Griechenlands überweisen, aber den Griechen zugleich ein kostenintensives energetisches Sanierungsprogramm auferlegen wollen,“ sagte der Europaparlamentarier.

Im Übrigen, so Winkler abschließend, sollte die Kommission zunächst ihre eigenen Hausaufgaben erledigen. Denn zwischen 2005 und 2009 hat sich analog zur genutzten Bürofläche der EU-Beamten auch deren Gesamtenergieverbrauch von 76.856 auf 122.669 kWh nahezu verdoppelt.